Gemeinsame Erklärung des BWE und der IG Metall:

Energieversorgung, Arbeitsplätze und Wertschöpfung sichern – Kommende Bundesregierung muss Ausbau der Windenergie weiter vorantreiben

- Erneuerbare sind stabiles Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Sichere Arbeitsplätze
- Wertschöpfung vor Ort
- Günstiger Strom für energieintensive Industrie und Mittelstand
- Wir fordern die kommende Bundesregierung auf, eine nachhaltige Wachstumsstrategie unter Beteiligung von Verbänden, Industrie und Gewerkschaften zu entwickeln!

Windenergie – tragende Säule unseres Stromsystems

Die Windenergie ist bereits heute die **tragende Säule unseres Stromsystems** und spielt eine Schlüsselrolle auf dem Weg Deutschlands zu einem klimaneutralen Industrieland.

Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen hat die Windenergie in den vergangenen Jahren **ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen** und sich als Rückgrat unserer Energiewirtschaft etabliert. 2024 stammte bereits knapp 60 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen wie Wind-, Solar-, Wasser- und Biomassekraftwerken. Mit einem Anteil von rund 33 Prozent an der gesamten Stromerzeugung aus Anlagen an Land und auf See ist die Windenergie schon heute die **leistungsstärkste Stromquelle** des Landes. Sie ist damit ein unverzichtbares Element der Versorgungssicherheit und ermöglicht eine kostengünstige und klimafreundliche Stromversorgung, die für die klimaneutrale Transformation unserer Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist.

Der dynamische Ausbau der Windenergie stärkt nicht nur die Resilienz Deutschlands und Europas bei möglichen internationalen Energiekrisen und Versorgungsschocks in der Zukunft, sondern ist auch ein zentraler Pfeiler zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandorts und bietet Zehntausende gute Arbeitsplätze – häufig mit Tarifbindung und gelebter Mitbestimmung.

Die Ampelregierung hat die richtigen Rahmenbedingungen für einen jährlichen Zubau von 10.000 Megawatt Windenergie gelegt. Rekordgenehmigungszahlen für neue Windenergieprojekte zeigen, dass dieses Ziel in den kommenden Jahren umgesetzt werden kann. Die kommende Bundesregierung muss darauf aufbauen und mit einem starken industriepolitischen Fokus die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft erfolgreich fortsetzen.

Strategische Industriekapazitäten ausbauen

Damit Deutschland sein hart erarbeitetes technologisches Können sichern kann, sollen wertvolles **Know-how und industrielle Fertigungskapazitäten** im Land erhalten und weiter gestärkt werden. Dazu bedarf es der richtigen Rahmenbedingungen. Gerade hier steht die Branche vor großen

Herausforderungen: Außereuropäische Wettbewerber konkurrieren mit stark subventionierten Angeboten und Finanzierungskonditionen um Marktanteile.

Diesem **unfairen Wettbewerb** muss begegnet werden. Unlautere Marktpraktiken, die auf wettbewerbsverzerrenden Subventionen basieren, schaden der deutschen und europäischen Wirtschaft. Die nächste Bundesregierung muss sicherstellen, dass ein **fairer Wettbewerb ("Level Playing Field") stets gewährleistet ist**. Gleichzeitig gilt es, strategisch wichtige Industriekapazitäten für Net Zero-Technologien aufzubauen.

Darüber hinaus zeigt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die sicherheitspolitische Brisanz einer stabilen und unabhängigen Energieversorgung. Die hohe Energieimportabhängigkeit Deutschlands in den vergangenen Jahrzehnten war ein Fehler, aus dem es zu lernen gilt. Der Ausbau der Windenergie ist wirtschaftlich und sicherheitspolitisch unverzichtbar. Um die **Versorgungssicherheit in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen** zu gewährleisten, sind robuste Produktions- und Erzeugungskapazitäten für Erneuerbare Technologien von Vorteil.

Dies gilt auch für die **Erzeugung von grünem Wasserstoff**. Gerade in Produktionsbereichen, in denen die Elektrifizierung von Industrieprozessen nicht praktikabel ist, braucht unsere Industrie einen sicheren Zugang zu grünem Wasserstoff. Wir müssen beim Hochlauf des Wasserstoffmarkts und der Entwicklung neuer Elektrolyseverfahren unsere technologische Vorreiterposition stärken und auch in diesem Bereich strategische Produktionskapazitäten weiter ausbauen.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert einen starken und verlässlichen Rechtsrahmen zur Förderung des europäischen erneuerbaren Sektors, wie der **Net Zero Industry Act (NZIA)**. Die nächste Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, den NZIA ambitioniert zu gestalten und dessen schnelle Umsetzung voranzutreiben. Dafür braucht es klare qualitative Vorgaben im Ausschreibungsdesign. Gleichzeitig gilt es, europaweit verabschiedete Regelungen zur **Cybersicherheit in kritischen Energieinfrastrukturen**, insbesondere die Vorgaben der Netzwerk- und Informationssicherheitsrichtlinie (NIS-2), konsequent anzuwenden. Darüber hinaus sollten die Bestimmungen der BSI-Kritisverordnung so überarbeitet werden, dass gezielte Angriffe auf die Energieinfrastruktur auch aus der Lieferkette heraus wirksam abgewehrt werden können.

Wertschöpfung in der Windbranche vertiefen – Arbeitsplätze & Wohlstand sichern

Die Windenergie ist nicht nur Leistungsträgerin des Stromsystems, sondern auch ein bedeutender **Motor unserer Wirtschaft**. Mit der Verankerung im deutschen Maschinen- und Anlagenbau und der Schaffung vieler zehntausender sicherer Arbeits- und Ausbildungsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette leistet sie einen wachsenden Beitrag innerhalb der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft. Die Branche kann auf ein breites technologisches Know-how zurückgreifen und bietet durch jahrzehntelange Erfahrung und Innovationskraft einen wichtigen Standortvorteil, der ihr Wettbewerbsfähigkeit in ausländischen Märkten verschafft.

Die kommende Bundesregierung muss erreichen, dass strategische Industriekapazitäten für Erneuerbare Technologien gezielt gestärkt und bestehende Importabhängigkeiten bei kritischen

Anlagenkomponenten abgebaut werden. Dazu soll die deutsche und europäische **Wertschöpfungstiefe in der Windbranche erhöht werden**.

Der Ausbau der Windenergie in Deutschland wird in den kommenden Jahren noch erheblich an Dynamik gewinnen. Aktuelle Zahlen zeigen bereits heute diesen Trend deutlich: 2024 wurde über 14 GW neuer Windenergieleistung genehmigt – ein Rekord. Darüber hinaus müssen viele ältere Anlagen durch moderne, leistungsstärkere Modelle ersetzt werden. Dies erfordert die Herstellung tausender neuer Anlagen und Komponenten.

Die vertiefte Wertschöpfung in der Windenergiebranche und die Stärkung inländischer Zulieferketten bieten hier enorme Potenziale. Eine engere **Verzahnung mit anderen etablierten Industriezweigen**, wie dem Automobilsektor, ist der Schlüssel für den Erfolg des Zubaus in den kommenden Jahren sowie für die Schaffung vieler, sicherer Industriearbeitsplätze.

Windenergie stärkt den Industriestandort Deutschland

Die deutsche Industrie erlebt turbulente Zeiten. Unsere Wettbewerbsfähigkeit steht unter Druck und aktuell gehen Monat für Monat zwischen 6.000 bis 10.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren. Bis 2045 werden wir klimaneutral. Viele Unternehmen haben bereits ehrgeizige Pläne aufgestellt, sind aber bei der Umsetzung dieser Transformation auf einen **gesicherten Zugang zu günstigem und CO_2-neutralem Strom sowie zum grünen Wasserstoff** angewiesen.

Hier zeigt die Windenergie ihre doppelte Stärke. Sie liefert nicht nur schon heute preiswerten und CO_2-freien Strom, sondern erhöht auch die Versorgungssicherheit der Industrie. Regional erzeugter, kostengünstiger Strom in der Nähe von Industriestandorten wird zunehmend zu einem entscheidenden **Standortvorteil**. Mit bilateralen Stromlieferverträgen (Power-Purchase-Agreements, PPAs) können Unternehmen langfristig mit günstigem und sauberem Strom versorgt werden – eine Lösung, die Klimaschutz und Kosteneffizienz optimal verbindet. Dies entlastet zudem öffentliche Stromnetze, senkt Kosten und steigert die Akzeptanz für Windenergie durch lokale Impulse.

Es braucht ein Maßnahmenpaket, um den **Industriestandort Deutschland zu stärken**. Die Industrie braucht dringend günstige Stromangebote. Wir fordern deshalb die kommende Bundesregierung dazu auf, den Schulterschluss zwischen der Industrie und erneuerbaren Erzeugern zu fördern. Die **Direktbelieferung der Industrie mit günstigem und sauberem Strom** aus Windenergie muss unbürokratisch ermöglicht werden. Zusätzlich gilt es, den Rechtsrahmen für PPAs zu verbessern.

Zum anderen muss der **Ausbau heimischer Elektrolyseure** in unmittelbarer Nähe zu Industriestandorten gestärkt werden, um die Angebotspreise für Wasserstoff zu senken und unsere Industrie zu dekarbonisieren. Die kommende Bundesregierung muss hierzu günstige Rahmenbedingungen für den zügigen Ausbau der Elektrolysekapazität schaffen, damit überschüssiger erneuerbarer Strom aus Windenergieanlagen direkt zur Produktion von grünem Wasserstoff genutzt wird. Auch Netze und Speicherkapazitäten müssen erweitert werden.

Bürokratische Hürden wegräumen – Wachstumskurs der Windbranche fortsetzen

Die Windbranche wird ihren Wachstumskurs in den kommenden Jahren fortsetzen und einen entscheidenden Beitrag zu einer sicheren, kostengünstigen und CO_2-freien Energieversorgung leisten. Dafür sind verlässliche und planbare Rahmenbedingungen entscheidend, die Investitionen fördern und eine langfristige Sicherheit ermöglichen.

Die kommende Bundesregierung muss sich als zentrale Aufgabe den **Abbau bürokratischer und regulatorischer Hürden** vornehmen. Die Begrenzung der Leitungslänge im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und Vorgaben zur räumlichen Nähe im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollten abgeschafft werden. Dies würde die Direktbelieferung der Industrie mit erneuerbarem Strom erheblich erleichtern. Darüber hinaus muss das **Repowering** von Altanlagen durch neue, leistungsstärkere Modelle weiter vereinfacht werden. Im Rahmen einer **erneuerbaren Flexibilitätsstrategie** muss die Sektorenkopplung ausgebaut werden, damit der Ausbau von Großbatteriespeichern und Elektrolyseanlagen intelligent angereizt und integriert werden, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.

In den letzten Jahren haben niedrige Eigenkapitalquoten und eine stabile Inflation zu einem nie dagewesenen Ausbau der Windenergie in Deutschland beigetragen. Diese günstigen Rahmenbedingungen haben sich mittlerweile grundlegend verändert.

Um den Erfolgskurs der Energiewende fortzusetzen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken, braucht es daher neben einem spürbaren Bürokratieabbau auch **planbare Finanzierungsbedingungen**. Die kommende Bundesregierung muss hier ein Signal der Verlässlichkeit aussenden und langfristige Investitionssicherheit ermöglichen. Bei der Entwicklung eines neuen EU-konformen Finanzierungsmechanismus für den Zubau der Windenergie müssen Planungs- und Investitionssicherheit höchste Priorität haben. So bleiben neue Projekte auch in einem veränderten Investitionsklima realisierbar.